

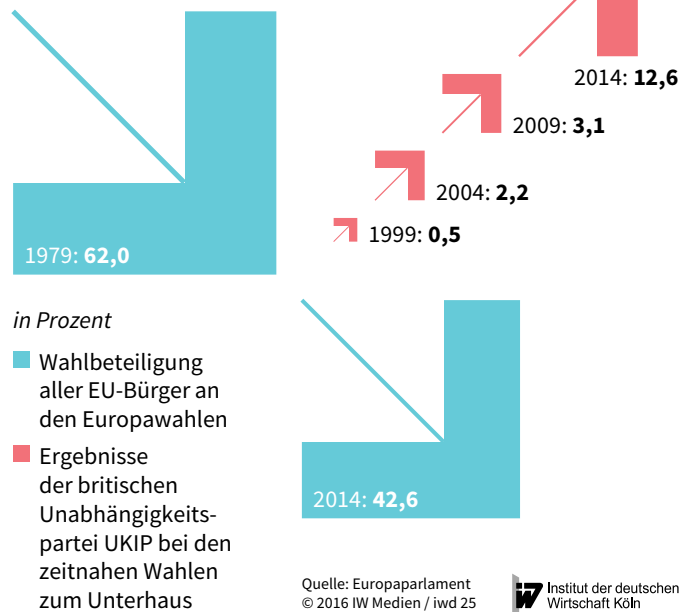
All about Brexit



Europa und die Briten. Nach dem Votum der Briten für den Brexit denken die Europäer über ihr Selbstverständnis nach. Woher die vehemente Kritik an der EU kommt, legt der Wirtschaftshistoriker Martin Uebele in seinem Gastbeitrag dar – warum die deutsche Wirtschaft sich aber erst einmal kaum Sorgen machen muss, erklärt IW-Ökonom Michael Grömling. Außerdem beantworten wir in unserem Themenschwerpunkt Brexit die Fragen, wie viele Briten in Deutschland arbeiten und welche Folgen der Austritt für die britischen Hochschulen hätte.

→ [Seiten 2-7](#)

Wahlmüdigkeit – Populisten im Aufwind



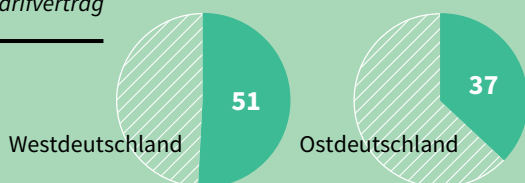
Weniger Staat, mehr Frieden

Tarifverträge. Mittlerweile werden die Arbeitsbedingungen nur noch für knapp die Hälfte aller Arbeitnehmer durch einen Flächentarifvertrag geregelt. Der Staat mischt sich immer mehr ein, zum Beispiel durch den Mindestlohn.

→ [Seiten 8-9](#)

Die Tarifbindung

So viel Prozent der Beschäftigten unterlagen 2015 einem Tarifvertrag



Quellen: IAB-Betriebspanel, Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut in der Hans-Böckler-Stiftung © 2016 IW Medien / iwd 25

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Alle Babys sind gleich

Außereheliche Geburten. In der Stadt Brandenburg hatten 2014 rund 70 Prozent der Neugeborenen unverheiratete Eltern – und deutschlandweit trifft dies immerhin auf jedes dritte Kind zu. So normal das mittlerweile ist, so weitreichend sind die sozialen und politischen Implikationen. Insbesondere bei familienpolitischen Leistungen muss sich der Gesetzgeber fragen, ob er die richtige Zielgruppe im Blick hat.

→ [Seiten 10-11](#)



Top-Liste: Reiseziele

Das weltweit beliebteste Reiseziel ist Frankreich. Unter den zehn beliebtesten Auslands-Destinationen der Bundesbürger rangiert das Land aber nur auf Platz sieben.

→ [Seite 12](#)

EU scepticism is almost historical



Gastbeitrag. Das schwindende Vertrauen in die EU und der Aufstieg rechtspopulistischer Parteien sind Reaktionen auf den erhöhten globalen Wettbewerb und damit auf die wachsende Unsicherheit, sagt **Martin Uebele**. Darauf mit EU-Referenden zu antworten, hält der Dozent für „Economic and Social History“ an der University of Groningen für falsch.



Foto: Sabrina Wacker

In der Brexit-Debatte war der inzwischen zurückgetretene Chef der britischen Unabhängigkeitspartei UKIP, Nigel Farage, eine der lautesten Stimmen, und nicht nur in Großbritannien sind rechtspopulistische Parteien im Aufwind. Die Ablehnung der EU gehört zwar zu deren Grundvokabular, erfunden haben sie die Kritik an den EU-Institutionen

allerdings nicht. Vielmehr reagieren UKIP, AfD und Co. auf die wachsende Unsicherheit vor allem der unteren Einkommensschichten als Folge des zunehmenden globalen Wettbewerbs. Sie profitieren dabei auch von enttäuschten Erwartungen an die Sozial- und Wachstumspolitik der EU. Sowohl der Rechtspopulismus als auch die EU-Skepsis speisen sich

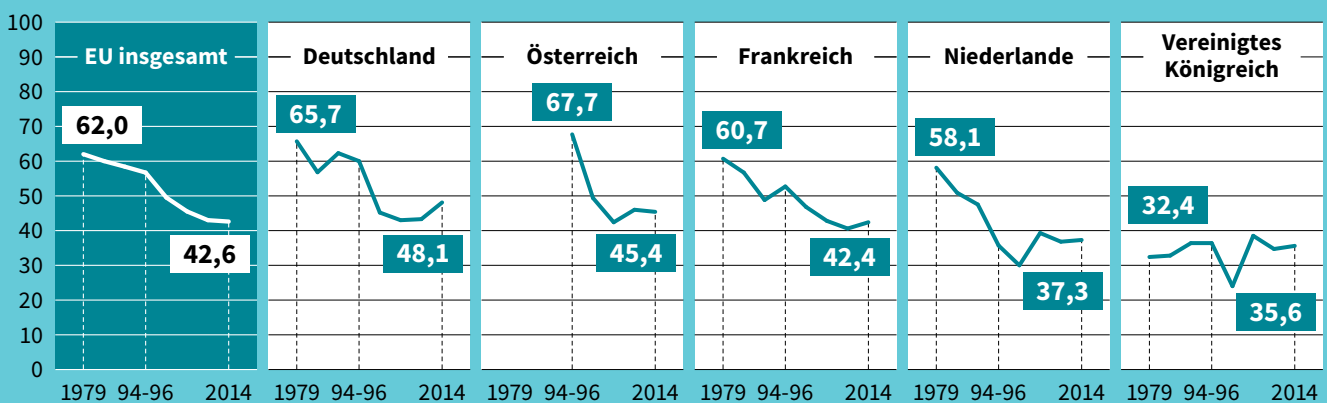
also aus der zunehmenden grenzüberschreitenden Integration von Güter- und Arbeitsmärkten.

In der Geschichte hat die Politik auf zunehmenden Globalisierungsdruck oft mit der Einführung von sozialen Sicherungssystemen oder deren Erweiterung reagiert.

Reichskanzler Otto von Bismarck zum Beispiel versuchte, die wach-

Europawahlen: Immer weniger machen mit

Wahlbeteiligung in Prozent



Quelle: Europaparlament © 2016 IW Medien / iwd 25

sende soziale Not der Arbeiter im ausgehenden 19. Jahrhundert durch die Einführung der Kranken- und Rentenversicherung zu lindern.

Der europäische Vergleich zeigt, dass im 19. Jahrhundert Länder mit höheren Handelsanteilen ihre Sozialreformen früher und konsequenter durchsetzten. Ähnliches lässt sich für die Nachkriegszeit nachweisen: Offenere Volkswirtschaften haben tendenziell größere – nicht kleinere – Staatsapparate, um so wirtschaftliche Risiken gerade für untere Einkommensschichten abfedern und gleichzeitig die Vorteile internationalen Handels genießen zu können.

Die EU wird in diesem Zusammenhang aber oft nicht als Teil der Lösung, sondern als Teil des Problems wahrgenommen. Dies zeigte sich schon in früheren Referenden, etwa als Frankreich und die Niederlande 2005 über die Europäische Verfassung abstimmen ließen, die in beiden Ländern mit deutlicher Mehrheit abgelehnt wurde. Argumente waren damals unter anderem Sorgen über steigende Arbeitslosigkeit durch zunehmenden Wettbewerb aus Osteuropa. In diesem Zusammenhang lassen sich auch jene politischen Stimmen deuten, die nach der Brexit-Entscheidung wieder die sozialpolitischen Seiten der EU stärken wollen.

Diese Form der EU-Kritik ertönt zwar gleichermaßen aus beiden politischen Lagern. Rechtspopulistische Parteien begegnen wirtschaftlich bedingten Existenzängsten jedoch auch, indem sie vermeintliche Lösungen anbieten, die fremdenfeindliche und nationalistische Elemente enthalten. Damit sprechen sie auch den Verlust von Identität an, der mit der Auflösung sozialer Zugehörigkeit verbunden ist, etwa wenn ganze Industrien nach Fernost verlagert werden. Auch hier tut sich

die EU schwer damit, ihren Bürgern eine neue emotionale Heimat anzubieten.

Die EU-Begeisterung nimmt bereits seit 30 Jahren kontinuierlich ab, wie sich an den Europawahlen ablesen lässt (Grafik Seite 2):

Die durchschnittliche Wahlbeteiligung ist von 1979 bis 2014 um ein Drittel auf 43 Prozent gefallen. Im Vereinigten Königreich, wo die EU-Skepsis geradezu traditionell ist, lag die Wahlbeteiligung nie über 40 Prozent.

Die Zustimmung der Wähler für rechtspopulistische Parteien unterliegt dagegen starken Auf- und Abs (Grafik). Erst seit ein paar Jahren haben deren Wahlerfolge erheblich zugenommen; am stärksten im Vereinigten Königreich, aber eben auch in Deutschland, Österreich und Frankreich.

Das Brexit-Referendum war zwar oberflächlich betrachtet ein Reflex des Premierministers Cameron auf seine innerparteilichen Kritiker, möglich aber ist es vor allem deshalb geworden, weil die EU-feindliche UKIP mit ihren vermeintlichen und vereinfachenden Lösungen den Boden dafür bereitet hat. Doch wenn es um den Umgang mit komplexen und lang andauernden Prozessen wie der Globalisierung der Wirtschaft und der Gesellschaft geht, sind parlamentarische Entscheidungsprozesse das probate Mittel, nicht Volksabstimmungen.

Denn an den Wahlurnen haben kurzfristige Stimmungen – angeheizt durch zugespitzte Debatten und vereinfachende Argumente – ein höheres Gewicht als im Parlament, wo sich die Abgeordneten seit Jahren mit dem Für und Wider auseinandergesetzt haben und vordergründige Argumente durchschauen. Direkte Demokratie bedeutet zwar mehr Teilhabe, ist aber auch ein Einfallstor für Populismus.

Nationale Wahlen: Aufstieg der Rechtspopulisten

Ergebnisse nationaler Parlamentswahlen, die in diesen Europawahljahren oder zeitnah dazu stattfanden, in Prozent

Deutschland	REP / AfD
1989	2,1
1994 bis 1996	1,9
1999	1,8
2004	0,6
2009	0,4
2014	4,7

Niederlande	PVV
2004	5,9
2009	15,5
2014	10,1

Vereinigtes Königreich	UKIP
1999	0,5
2004	2,2
2009	3,1
2014	12,6

Frankreich	Front National
1979	0,2
1984	9,8
1989	
1994 bis 1996	12,7
1999	14,9
2004	11,1
2009	4,3
2014	13,6

Österreich	FPÖ
1979	6,1
1984	9,7
1989	16,6
1994 bis 1996	22,5
1999	26,9
2004	11,0
2009	17,5
2014	20,5

REP: Die Republikaner; AfD: Alternative für Deutschland; UKIP: UK Independence Party; PVV: Partij voor de Vrijheid; FPÖ: Freiheitliche Partei Österreichs

Quellen: Europaparlament, Wikipedia
© 2016 IW Medien / iwd 25



Kommentar. Kurzfristig macht der angekündigte Brexit der deutschen Konjunktur

wenige Probleme – die lauern ganz woanders, sagt Michael Grömling, Konjunkturforscher am Institut der deutschen Wirtschaft Köln (IW).

„Much ado about Brexit“



Foto: Straßmeier

„Wenige Tage ist die Abstimmung erst her, aber das ‚Ja‘ der Briten zum Brexit zerstört bereits Wohlstand in Deutschland“, schrieb eine große Tageszeitung vor einigen Tagen und zitierte in ihrem Artikel Ökonomen, die diesen Wohlstandsverlust allein für das kommende Jahr auf ungefähr 15 Milliarden Euro und bis zu 290.000 Arbeitsplätze beziffern.

Solche Zahlen sorgen natürlich für Schlagzeilen, dennoch sollte man die Kirche im Dorf lassen. Denn Fakt ist: Der Ausstieg aus der EU ist erst vollzogen, wenn Großbritannien mit Brüssel ein Abkommen geschlossen hat, das zum einen die Einzelheiten des Austritts regelt und zum anderen die künftigen Beziehungen zwischen dem Königreich und der EU definiert. Das wird dauern. Bislang aber hat die britische Regierung den formellen Austritt noch nicht erklärt – und schaut man auf die jüngsten Entwicklungen, ist nicht einmal sicher, ob sie es denn überhaupt tut. Bis all das geregelt ist, ändert sich nichts.

Alle EU-Verträge bleiben gültig, deutsche und britische Unternehmen wickeln ihre Geschäfte miteinander also weiterhin so ab, wie sie es seit Jahrzehnten gewohnt sind.

Also much ado about Brexit? Zumindest in diesem Jahr wird die deutsche Konjunktur vom britischen Status quo kaum belastet. Gefahren bestehen jedoch für das Investitionsklima auf der Insel. Ausländische Investoren dürften erst einmal abwarten, wie es weitergeht, und auch die Investitionslaune der britischen Unternehmen wird wohl auf geraume Zeit gedämpft bleiben. Beides würde dem britischen Wachstumspotenzial langfristig schaden und auch die deutschen Exporte nach Großbritannien beeinflussen.

Dass man sich unabhängig vom Brexit um die deutsche Konjunktur größere Sorgen machen muss, hat viele triftige Gründe. Praktisch rund um den Globus verdichten und verschärfen sich die Risiken. Ganz

Europa steckt in einer fundamentalen Orientierungs- und Vertrauenskrise, seine Eliten haben weder einen Kurs in der Flüchtlingsfrage noch einen glaubwürdigen Plan, wie die Union aus der Schulden- und Bankenkrise herauskommen will. Auch ist offen, wann endlich die notwendigen fiskalischen und realwirtschaftlichen Anpassungsschritte eingeleitet werden und wirken.

Hinzu kommen die nachlassende Wachstumsdynamik in vielen Schwellenländern und – vielleicht das größte Problem – die großen politischen Unsicherheiten: Ob der seit Jahren andauernde Terror im Mittleren Osten und in Nordafrika, ob Russlands Isolationskurs, ob all die politischen, ökonomischen und sozialen Probleme in gewichtigen Ländern wie Brasilien, China und der Türkei oder, auch das ist möglich, Donald Trump als 45. Präsident der USA – die globale Unsicherheit hat ein Ausmaß angenommen, wie es das lange nicht mehr gegeben hat.

Barely a ripple



Arbeitsmarkt. Großbritanniens Austritt aus der EU würde Europa auf den Kopf stellen. Otto Normalbürger zumindest kann sich kaum ausmalen, was alles anders – und viel komplizierter – wäre als bislang. Auf einem Feld aber könnte es relativ ruhig bleiben: dem deutschen Arbeitsmarkt.

Die Freizügigkeit der Arbeitnehmer ist eine der vier Grundfreiheiten des europäischen Binnenmarktes – doch die könnte Großbritannien verlieren, wenn der Brexit vollzogen wird. Während der eine oder andere Spanier, Franzose oder Deutsche bedauern mag, dass es schwieriger werden könnte, in der Londoner Finanzcity anzuheuern, werden die hiesigen Unternehmen nur wenig merken. Denn: Die Engländer, Waliser, Schotten und Nordiren fallen auf dem deutschen Arbeitsmarkt kaum ins Gewicht – oder wie die Briten sagen: „It's barely a ripple on the German labour market“ (Grafik):

In Deutschland arbeiten rund 35.000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte mit britischer Staatsangehörigkeit – das sind nur 1 Prozent der ausländischen Arbeitnehmer und weniger als 0,1 Prozent aller Beschäftigten.

Andere Westeuropäer sind dagegen weit häufiger in Deutschland beschäftigt, allen voran Italiener (236.000), Franzosen (76.000) sowie Spanier und Österreicher (jeweils 62.000). Dass die Briten sich vergleichsweise rarmachen, ist vor allem eine Frage der Lage – und zwar gleich in doppelter Hinsicht:

Geografische Lage. Aus direkten Nachbarländern wandern mehr Arbeitskräfte ein – viele Niederländer oder Österreicher pendeln auch einfach nur. Über den Ärmelkanal funktioniert das nicht.

Arbeitsmarktlage. Ob es jemanden zum Arbeiten nach Deutschland zieht, hängt auch von der Wirtschaftslage und den Verdienstmöglichkeiten im Heimatland ab. Deshalb kommen besonders viele Migranten aus den osteuropäischen Mitgliedsstaaten der EU, darunter 320.000 Polen und knapp 210.000 Rumänen.

In Großbritannien dagegen war die Arbeitslosenquote 2015 mit 5,3 Prozent kaum höher als in Deutschland. Und auch die Verdienste sind auf der Insel kaum geringer als hierzulande. Das dürfte ein Grund dafür sein, dass die meisten der 35.000 Briten in Deutschland auf qualifizierten Stellen tätig sind, also eine Berufsausbildung oder ein Studium absolviert haben.

Müssen die britischen Beschäftigten in Deutschland und der übrigen EU nun nach einem Brexit ihre Koffer packen? Zumindest nicht zwangsläufig:

- **Erstens** wird es eine Weile dauern, bis die Bedingungen des Austritts verhandelt sind.
- **Zweitens** wäre es möglich, den Briten – wie Schweizern und Norwegern – auch weiterhin Freizügigkeit in der EU zu gewähren. Diese müsste umgekehrt aber auch für EU-Bürger in Großbritannien greifen. Ansonsten werden die Briten ihr Aufenthaltsrecht wohl verlieren.
- **Drittens** könnten die Betroffenen alternativ einen Aufenthaltstitel für Drittstaatler erhalten. Darüber könnte den Briten ein privilegierter Zugang zum Arbeitsmarkt eingeräumt werden, so wie er gegenwärtig bereits für Japaner, US-Amerikaner oder Israelis gilt.

In welchen Branchen Briten in Deutschland arbeiten

- Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte
- Geringfügig Beschäftigte

Unternehmensnahe Dienstleistungen	11.220	814
Handel, Verkehr, Gastgewerbe	7.367	1.232
Verarbeitendes Gewerbe	6.959	170
Öffentliche Verwaltung, Gesundheits-, Erziehungs- und Sozialwesen	6.768	581
Sonstige Dienstleistungen	1.507	289
Bau	814	65
Land- und Forstwirtschaft	108	25

Insgesamt
in Prozent aller Beschäftigten

34.743
0,1

3.176
0,1

Stand: September 2015

Quelle: Bundesagentur für Arbeit
© 2016 IW Medien / iwd 25

Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

Significant challenges



Hochschulen. Großbritannien hat bislang in der Forschung und Lehre kräftig von Geld aus Brüssel profitiert. Auch bei Forschungsk Kooperationen und Austauschprogrammen ist das Vereinigte Königreich für andere EU-Länder ein bevorzugter Partner. Wenn die britischen Universitäten nach einem Brexit finanziell so ausgestattet sein sollen wie heute, muss die Regierung in London künftig gut 1 Milliarde Euro jährlich kompensieren.

Wie schnell man von den Brüsseler Fördertöpfen abgeschnitten wird, hat vor zwei Jahren die Schweiz erfahren müssen: Nach dem Referendum zur Begrenzung der Einwanderung im Februar 2014 war es der Schweiz nicht mehr möglich, die Personenfreizügigkeit mit dem neuen EU-Mitglied Kroatien zu garantieren. Daraufhin strich die EU-Kommission nicht nur die Forschungsförderung für die Eidgenossen, sie kappte auch den Zugang zum Erasmus-Förderprogramm. Zwar können die Schweizer an der Forschungsförderung nun wieder begrenzt partizipieren, allerdings nur bis 2017. Den Großteil der entgangenen Forschungsmittel muss Bern nun ersetzen. Die finanzielle Förderung der Schweizer Schüler und Studenten in europäischen Austauschprogrammen muss das Land sogar ganz alleine stemmen.

All dies könnte auch Großbritannien drohen, sobald der EU-Austritt abgeschlossen ist. Für die britischen Universitäten sind dies „significant challenges“, beachtliche Herausforderungen, wie die Präsidentin der britischen Hochschulrektorenkonferenz, Julia Goodfellow, das Brexit-Votum kommentiert. Gleichzeitig macht sie klar, dass der Brexit von

den britischen Universitäten nicht unterstützt, geschweige denn gewünscht wurde.

Annähernd 90 Prozent der britischen Hochschullehrer vertreten eine proeuropäische Haltung.

Natürlich hat dieser Goodwill gegenüber Brüssel auch finanzielle Gründe. UK ist – nach Deutschland – das zweiterfolgreichste Land bei der Einwerbung von Fördermitteln:

Zwischen 2007 und Juni 2014 konnten Forscher britischer Unternehmen und Hochschulen fast 7 Milliarden Euro aus dem 7. EU-Forschungsrahmenprogramm einwerben.

Im Rahmen dieses Programms wurden 4.208 Projekte mit einem Gesamtvolumen von 18,2 Milliarden Euro unterstützt, an denen sowohl Großbritannien als auch Deutsch-

Erasmus: EU-Geld für die Bildungsmobilität

Mit so viel Millionen Euro förderte die EU-Kommission im Rahmen des Erasmus-Programms Auslandsaufenthalte von jungen Menschen in diesen Bereichen im Jahr 2014

	Zuwendungen für Deutschland	Zuwendungen für das Vereinigte Königreich	Zuwendungen für alle Erasmus-Länder
Hochschule	74,5	52,8	625,3
Berufsbildung	44,6	32,0	373,6
Jugendarbeit	16,5	13,5	171,1
Schule	16,5	12,0	170,8
Erwachsenenbildung	6,4	4,8	55,7

Insgesamt

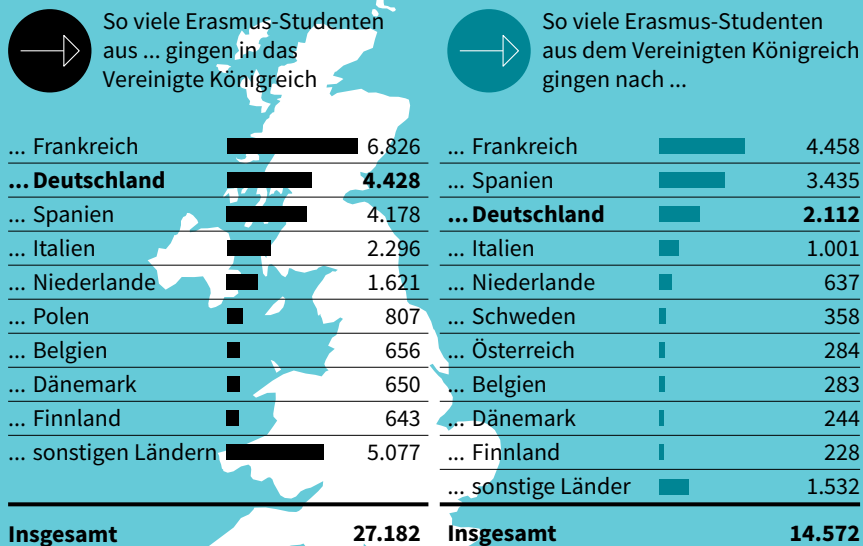
158,5

115,1

1.396,5

Erasmus-Studenten: Reger Austausch mit Großbritannien

im Jahr 2012/2013



Erasmus-Programm: Insgesamt nehmen 33 Länder teil, darunter auch Nicht-EU-Länder wie beispielsweise die Türkei oder Norwegen

Quelle: Europäische Kommission
© 2016 IW Medien / iwd 25

W Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

land beteiligt waren. Im aktuellen EU-Förderprogramm Horizon 2020 trifft dies für 971 Projekte zu, die mit insgesamt 5,3 Milliarden Euro gefördert werden.

Allein im Hochschuljahr 2014/15 erhielten die britischen Universitäten 836 Millionen Pfund EU-Forschungsgelder – das entspricht rund 1 Milliarde Euro.

Eine Studie der britischen Hochschulrektorenkonferenz hat ergeben, dass damit 1,9 Milliarden Pfund erwirtschaftet und 19.000 neue Stellen geschaffen werden konnten.

Doch nicht nur in der Forschung profitieren die Briten von der EU. Auch in der Lehre zahlt sich die Mitgliedschaft aus (Grafik Seite 6):

Im Rahmen des Erasmus-Programms flossen im Jahr 2014 rund 115 Millionen Euro nach Großbri-

tannien, annähernd die Hälfte davon wurde für die Hochschulbildung verwendet.

Das europäische Austauschprogramm Erasmus wird von den britischen Studenten sehr gut angenommen. Für die jungen Insulaner ist das Erasmus-Studium nicht nur wegen der 300 Euro interessant, die sie monatlich erhalten, sondern vor allem deshalb, weil sich während des Auslandssemesters die Studiengebühren an ihrer Heimatuniversität um 85 Prozent reduzieren. Bei Gebühren von 9.000 Pfund im Jahr ist dies eine erhebliche Ersparnis, zumal die im Ausland erbrachten Studienleistungen zum überwiegenden Teil von den britischen Hochschulen anerkannt werden.

Auch als Gastland könnte Großbritannien nach einem Brexit für

Studenten aus anderen EU-Ländern deutlich unattraktiver werden. Derzeit stellen die Nichtinsulaner aus EU-Ländern 5 Prozent der Studenten im Vereinigten Königreich. Von den rund 135.000 deutschen Hochschülern, die 2013 ins Ausland gingen, entschied sich rund jeder achte für Großbritannien. Jeder vierte von ihnen konnte dank des Erasmus-Programms gebührenfrei an einer britischen Hochschule studieren (Grafik).

Noch attraktiver ist das Vereinigte Königreich allerdings für deutsche Auslandspraktikanten im Rahmen des Erasmus-Programms: Hier steht Großbritannien an erster Stelle, mit großem Abstand folgen Spanien und Frankreich.

Wie geht es weiter? Die Teilnahme des Vereinigten Königreichs am Erasmus-Programm für das Studienjahr 2016/17 sei gesichert, teilte Wissenschaftsminister Jo Johnson – Bruder von Brexit-Befürworter Boris Johnson – kurz nach dem Referendum mit. Was dann passiert, hängt laut Ministerium von den künftigen Abkommen zwischen der EU und Großbritannien ab.

Denkbar wäre, dass für europäische Studenten in Großbritannien künftig nicht nur die regulären Studiengebühren fällig werden, sondern dass sie wie alle Nicht-EU-Ausländer zu „overseas fees“ verpflichtet werden. Diese Gebühren betragen im Durchschnitt 18.000 Pfund pro Jahr – doppelt so viel wie für britische Studenten. Studenten, die ein Auslandspraktikum in Großbritannien absolvieren möchten, könnten demnächst aufgrund mangelnder finanzieller Förderung und komplizierter Visa-Anträge abgeschreckt werden. Auch das wäre ungünstig, denn das Auslandspraktikum gilt als Königsweg, um Praxis- und Auslandserfahrung miteinander zu kombinieren.

Mehr durch weniger

Tarifverträge. Für immer weniger Betriebe und Beschäftigte gelten Flächentarifverträge. Im Jahr 2015 regelten sie nur noch für 48 Prozent der Arbeitnehmer die Löhne und Arbeitsbedingungen – so wenig wie noch nie seit den Anfangsjahren der Bundesrepublik. Der Blick in die Historie zeigt, wie das Tarifvertragswesen wieder flottgemacht werden könnte.

Prozentforderungen, Warnstreiks, Arbeitskampfrhetorik: Tarifverhandlungen sind Rituale, die zur deutschen Arbeitswelt gehören. Doch die Kompromisse, die Gewerkschaften und Arbeitgeber dabei am Ende aushandeln, sind für immer weniger Beschäftigte relevant. Von Jahr zu Jahr nimmt die sogenannte Tarifbindung ab (Grafik):

Im Jahr 2015 galten in Westdeutschland laut Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) nur noch für 51 Prozent aller Beschäftigten Flächentarifverträge. Das waren 2 Prozentpunkte weniger als im Jahr zuvor.

Obwohl die Flächentarifbindung in Ostdeutschland um 1 Prozentpunkt auf 37 Prozent stieg, sank die Quote für Deutschland insgesamt nach Berechnungen des IW Köln von 50 auf 48 Prozent.

Zwar gibt es neben den tarifgebundenen Firmen eine Reihe von Betrieben, die sich freiwillig an den Konditionen der Branchentarifverträge orientieren. Aber auch diese Ausstrahlung der tarifvertraglichen Standards hat nachgelassen, vor allem in Ostdeutschland.

Die sinkende Akzeptanz des Flächentarifs ist erstaunlich – angesichts der vielen Vorteile, die eine funktionierende Tarifpartnerschaft von Arbeitgebern und Arbeitnehmern seit Jahrzehnten bietet:

- Die Betriebe müssen nicht jeden Arbeitsvertrag individuell aushandeln. Das spart Kosten.
- Während der Vertragslaufzeit herrscht Friedenspflicht. Sie schützt vor Streiks und damit Produktionsausfällen und schafft branchenweit Planungssicherheit.
- Der betriebsübergreifende Geltungsbereich verhindert, dass sich einzelne Betriebe Wettbewerbsvorteile gegenüber ihren Konkurrenten verschaffen, indem sie zulasten der Arbeitnehmer die Löhne senken.

Aufgrund dieser Vorteile haben sich Tarifverträge in Deutschland von 1871 bis 1918 etabliert und dann vor

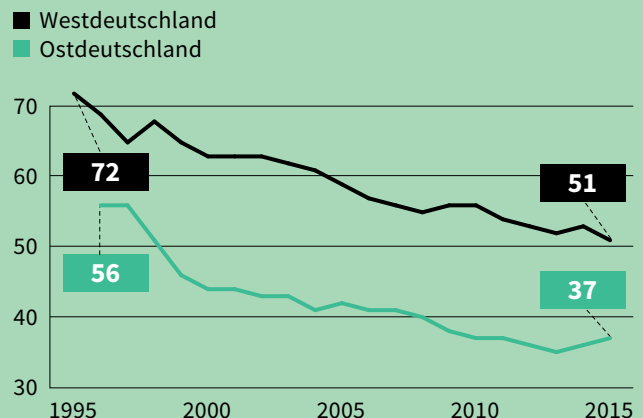
allem nach 1949 zu dem Standard entwickelt, der die Arbeitsbedingungen der meisten Beschäftigten regelte. Vor allem seit dem Stinnes-Legien-Abkommen vom November 1918 verdrängten dabei die regionalen oder deutschlandweiten Vereinbarungen die lokalen/örtlichen oder betriebsbezogenen Vertragsformen. Flächentarifverträge prägten auch die Bundesrepublik lange Zeit. Seit 1993 ist dieses Modell auf dem Rückzug.

Für die heutigen Tarifpartner ist es lehrreich zu sehen, wie ihre Vorgänger aus solchen Krisen herausgekommen sind. Denn der Flächentarif hat eine bereits wechselhafte Geschichte hinter sich:

Nach den Weltkriegen. Bereits nach dem Ersten Weltkrieg geriet die Tarifpartnerschaft in die Krise. Das zeigte sich vor allem an einer zunehmenden Härte der

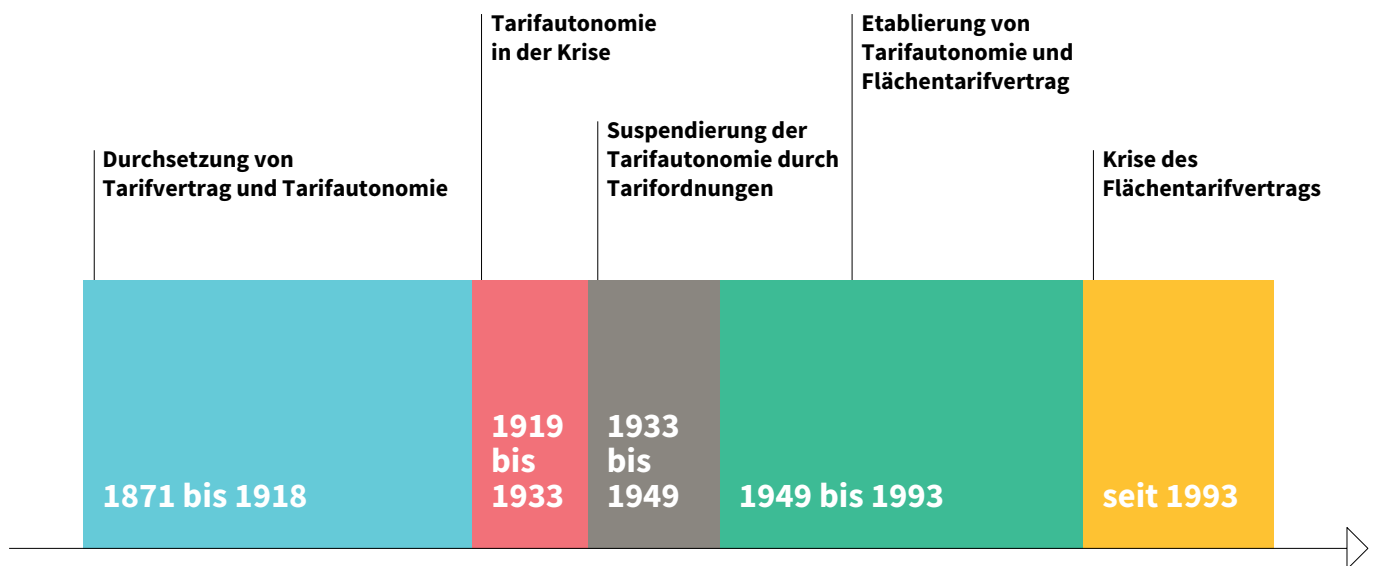
Tarif ohne Partner

So viel Prozent der Beschäftigten unterlagen einem Tarifvertrag




Quellen: IAB-Betriebspanel, Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut in der Hans-Böckler-Stiftung © 2016 IW Medien / iwd 25

Auf und Ab der Tarifpartnerschaft in Deutschland



Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft Köln
© 2016 IW Medien / iwd 25

 Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

Arbeitskämpfe, woraufhin der Staat sogar als Zwangsschlichter eingriff. Nach 1933 entzog der NS-Staat den Tarifpartnern die Zuständigkeit und bestimmte die Löhne durch Tarifordnungen selbst (Grafik). Ab 1949 besannen sich Gewerkschaften und Arbeitgeber auf die Vorteile des Flächentarifs und handelten die Arbeitsbedingungen wieder autonom, also unter sich aus.

Nach dem Wirtschaftswunder. Im Gefolge des rasanten wirtschaftlichen Aufschwungs der 1950er und 1960er Jahre blieben die Tariflöhne in vielen Jahren hinter den tatsächlich gezahlten Löhnen zurück. Viele Betriebe konnten es sich leisten, über Tarif zu bezahlen. So verdienten Arbeiter in der Autoindustrie des Jahres 1970 bis zu 60 Prozent mehr, als ihr Tarifvertrag für sie vorsah. Als die Gewerkschaften versuchten, diesen Rückstand durch drastische Tarifforderungen aufzuholen, also die sogenannte „Tarifwahrheit“ herzustellen, begann die Tariffucht der Unternehmen.

Nach der Wiedervereinigung. Für viele Betriebe, besonders die kleinen, gaben die Tarifverträge inzwischen ein zu hohes Lohnniveau vor. Sie traten deswegen aus dem Arbeitgeberverband aus oder blieben Mitglied ohne Tarifbindung. Obwohl in vielen Branchen betriebsnahe Öffnungsklauseln eingeführt wurden, hält die Tariffucht bis heute an. Sie hinterlässt immer mehr Arbeitsverhältnisse, die nicht tarifpolitisch geregelt sind. Anstelle der Tarifparteien hat die Regierung damit begonnen, dieses Feld zu beackern, etwa mithilfe des Mindestlohns – wodurch die Bedeutung der Tarifpartner noch weiter schwindet.

Um diesen Trend zu stoppen und die Verbreitung von Flächentarifverträgen wieder zu stärken, sollten die Tarifpartner künftig mehr Rücksicht auf die ertragschwächeren Betriebe nehmen. Dafür könnten sie zum einen noch mehr Anpassungsmöglichkeiten auf betrieblicher Ebene vereinbaren. Zum anderen sollten sich die Lohnsteigerungen an der Ertragskraft der nicht so starken Betriebe orientieren.

Seit den 1970er Jahren gilt hier der Branchendurchschnitt als Orientierungspunkt der Tarifverhandlungen. Darum fällt der Tarifabschluss für die untere, weniger leistungsfähige Hälfte der Firmen automatisch zu hoch aus. Den Flächentarifvertrag nun für diese Betriebe maßzuschneidern, würde ihn für andere wieder attraktiv machen. Weg vom Maximalstandard für wenige, hin zur Mindestbedingung für viele: Damit würde ein Prinzip wiederhergestellt, das der Akzeptanz von Flächentarifverträgen in der deutschen Wirtschaftsgeschichte sehr dienlich war.

Und auch das ist eine Lehre der Geschichte: Je mehr Branchen und Unternehmensbelange die Tarifpartner im Konsens selbst regulieren, desto weniger fühlt sich der Staat dazu berufen – und desto größer ist der soziale Frieden.

Vgl. IW-Analysen Nr. 107

Hagen Lesch, Dennis Byrski: Flächentarifvertrag und Tarifpartnerschaft in Deutschland – ein historischer Rückblick
iwkoeln.de/flaechentarifvertrag

Unehelich – na und?

Geburten. *Mittlerweile kommt rund jedes dritte Kind in Deutschland nichtehelich auf die Welt. Vor allem im Osten sind Mütter häufiger unverheiratet als im Westen. Und überraschenderweise erblicken die meisten West-Babys mit unverheirateten Eltern nicht in den großen Städten das Licht der Welt, sondern in eher ländlichen Regionen.*

Erst heiraten, dann an Nachwuchs denken – das war einmal. Noch Anfang der 1990er Jahre kamen nur 15 Prozent der Kinder in Deutschland nichtehelich zur Welt, heute sind es mit 35 Prozent mehr als doppelt so viele – Tendenz steigend.

Der Trend zum Baby ohne Trauschein ist allerdings ein Phänomen, das nicht nur in Deutschland vorkommt:

Der Anteil der nichtehelich geborenen Kinder ist in den 28 EU-Ländern von knapp 20 Prozent im Jahr 1993 auf 40 Prozent im Jahr 2012 gestiegen.

In Frankreich nahm die Quote im selben Zeitraum sogar von 35 auf annähernd 56 Prozent zu, in Großbritannien erhöhte sie sich von knapp 32 auf fast 48 Prozent, in Italien stieg der Anteil von rund 7 auf 25 Prozent und in Spanien vervierfachte er sich ebenfalls beinahe – nämlich von knapp 11 auf 39 Prozent.

Die deutsche Quote, 35 Prozent, ist also nicht einmal besonders hoch: Nur acht andere EU-Länder hatten 2012 einen niedrigeren Wert.

Gleichwohl ist das Geburtsverhalten in Deutschland in einer Hinsicht besonders – und zwar aus historischen Gründen: In Ostdeutschland kamen zuletzt mit durchschnittlich 59 Prozent doppelt so viele Kinder nichtehelich zur Welt wie im Westen,

wo die Quote 29 Prozent beträgt. So gibt es in Westdeutschland keinen einzigen Kreis, in dem mehr als die Hälfte der Neugeborenen unehelich das Licht der Welt erblicken – während im Osten nur in einem einzigen Kreis, nämlich in Eichsfeld, weniger als die Hälfte der Neugeborenen unverheiratete Eltern haben (Grafik Seite 11).

Dieses Ost-West-Gefälle wurzelt in den unterschiedlichen Gesellschaftssystemen vor der Wende. Die Ehe hatte als kirchliche Institution im Westen einen weitaus höheren Stellenwert als im Osten – ein Unterschied, der auch heute noch vielfach fortbesteht. Denn seit der Wiedervereinigung 1990 sind in beiden Landeshälften die Anteile der nichtehelichen Geburten um jeweils 20 Prozentpunkte gestiegen – folglich ist es nicht zu einer Annäherung zwischen Ost und West gekommen.

Die Geburtenphänomene im Einzelnen:

- Im Westen Deutschlands kommen nicht etwa in den großen Metropolen überdurchschnittlich viele Kinder unehelich zur Welt, sondern in einigen Regionen Norddeutschlands: In **Wilhelmshaven** (48 Prozent), **Flensburg** (48 Prozent), **Bremerhaven** (45 Prozent) und im **Kreis Lüchow-Dannenberg** (45 Prozent) hatte 2014 fast die Hälfte der Neugeborenen unverheiratete Eltern.

- In **Köln** wurden zuletzt annähernd 35 Prozent der Babys nichtehelich geboren, in **München** betrug ihr Anteil sogar nur gut 27 Prozent.
- Vergleichsweise selten sind uneheliche Geburten in diesen Gegenden: im **Landkreis Eichstätt** (18 Prozent), im **Enzkreis** (19 Prozent), im **Kreis Böblingen** (19 Prozent), im **Landkreis Rottweil** (19 Prozent) und im **Landkreis Calw** (20 Prozent). Die meisten Kreise, in denen besonders wenige Kinder außerehelich auf die Welt kommen, liegen in Baden-Württemberg und in Bayern, wobei es sich hier nicht nur um ländlich geprägte Gebiete handelt.
- In Ostdeutschland entfallen die höchsten Quoten für nichteheliche Geburten auf die **Stadt Brandenburg** (70 Prozent), den **Stadtkreis Dessau-Roßlau** (69 Prozent), die **Stadt Cottbus** (69 Prozent) sowie die ländlich geprägten **Kreise Elbe-Elster** (69 Prozent) und **Altenburger Land** (68 Prozent).
- Auch im Osten kommen in den Großstädten nicht überproportional viele Kinder unehelich auf die Welt: In **Leipzig** wurden zuletzt 61 Prozent und in **Dresden** rund 58 Prozent der Kinder außerehelich geboren. In **Berlin** trifft dies sogar nur auf jedes zweite Baby zu (51 Prozent), allerdings nimmt die Hauptstadt als ehemals geteilte Stadt auch eine Sonderrolle ein.

- Die niedrigsten Raten an nichtehelichen Geburten finden sich in Ostdeutschland im **Landkreis Eichsfeld** (47 Prozent), im **Wartburgkreis** (54 Prozent) und in der **Stadt Jena** (55 Prozent).

Die Tatsache, dass von Jahr zu Jahr mehr Kinder außerehelich geboren werden, hat nicht nur weitreichende soziale, sondern auch politische Implikationen. Um die Rechte und Pflichten der biologi-

schen Väter neu zu definieren, wurde beispielsweise das Sorgerecht reformiert. Bis zum 19. Mai 2013 hatten Väter von nichtehelich geborenen Kindern keine Möglichkeit, gegen den Willen der Mutter das gemeinsame Sorgerecht auszuüben. Dies ist nun deutlich einfacher: Auf Antrag des Vaters verfügen Familiengerichte auch ohne Zustimmung der Mutter das gemeinsame Sorgerecht für nichteheliche Kinder – es sei denn, dies widerspräche dem Kindeswohl.

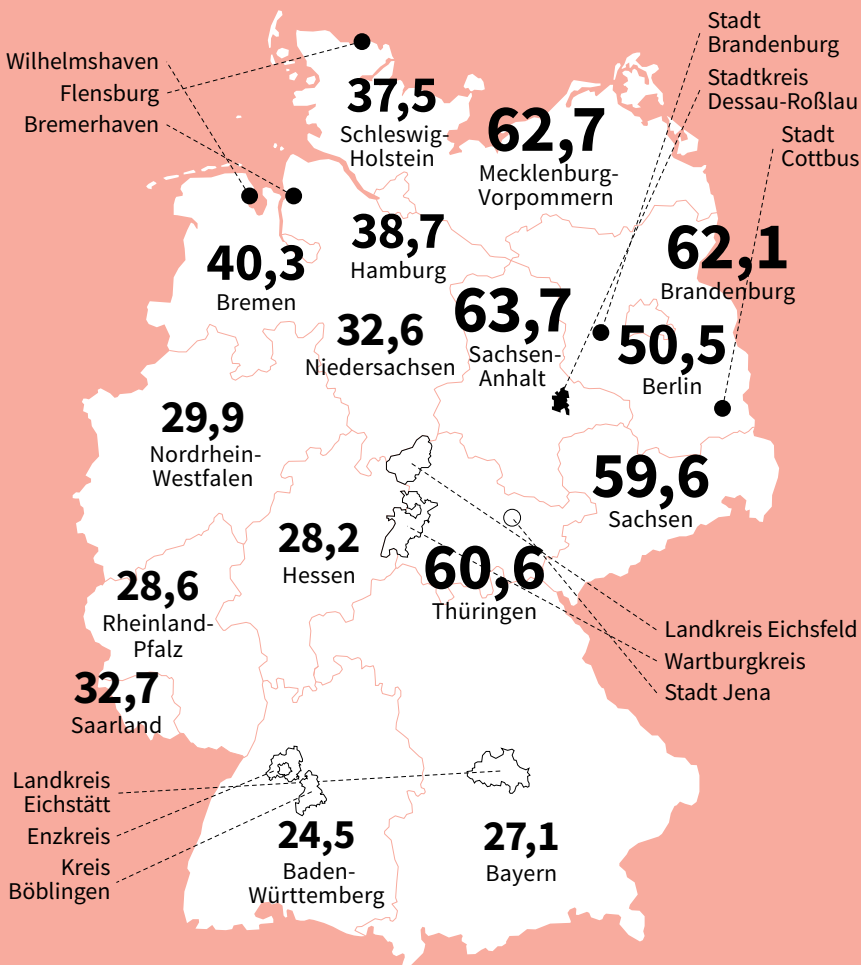
Außerdem steht biologischen Vätern seit der Sorgerechtsreform auch dann ein Umgangsrecht mit dem Kind zu, wenn zwischen beiden noch keine enge soziale Bindung besteht.

Die Rechte unehelicher Kinder wurden auch im Zuge der Unterhaltsreform gestärkt, die Anfang 2008 in Kraft getreten ist. Zuvor hatten Ex-Ehepartner in puncto Unterhalt häufig Vorrang gegenüber Kindern aus anderen Beziehungen. Seit der Reform stehen Unterhaltsansprüche minderjähriger Kinder grundsätzlich an erster Stelle – egal, ob sie ehelich oder unehelich geboren wurden.

Politischer Handlungsbedarf besteht angesichts der Vielzahl von familiären Beziehungsgeflechten, in denen Kinder heutzutage groß werden, allerdings noch bei einer Reihe von ehe- und familienpolitischen Leistungen. So sollten Instrumente wie beispielsweise die beitragsfreie Mitversicherung von Ehegatten in der Sozialversicherung dahingehend geprüft werden, ob ihre eigentliche Zielgruppe Ehepaare oder Familien sind. Handelt es sich um Leistungen für Familien, sollten sie gegebenenfalls so umgestaltet werden, dass sie unverheirateten Paaren mit Kindern und Alleinerziehenden im selben Umfang zugutekommen wie Ehepaaren.

Nichteheliche Kinder: Das Bundesländer-Ranking

So viel Prozent der Neugeborenen im Jahr 2014 kamen nichtehelich auf die Welt



Kreise und Städte mit den höchsten bzw. niedrigsten Anteilen an nichtehelichen Geburten im Jahr 2014, in Prozent

Westdeutschland		Ostdeutschland	
Wilhelmshaven	48,2	Stadt Brandenburg	69,5
Flensburg	47,8	Stadtkreis Dessau-Roßlau	69,2
Bremerhaven	45,3	Stadt Cottbus	68,8
Landkreis Eichstätt	17,6	Landkreis Eichsfeld	46,5
Enzkreis	18,6	Wartburgkreis	53,5
Kreis Böblingen	19,0	Stadt Jena	54,5

Quelle: Statistisches Bundesamt © 2016 IW Medien / iwd 25

Adressaufkleber

Impressum

Herausgeber:
Institut der deutschen Wirtschaft Köln
Chefredakteur: Ulrich von Lampe
(verantwortlich)
Stellv. Chefredakteur: Klaus Schäfer
Redaktion: Andreas Wodok (Textchef),
Irina Berenfeld, Berit Schmiedendorf,
Sara Schwedmann, Alexander Weber
Redaktionsassistent: Ines Pelzer
Grafik: IW Medien GmbH
Telefon: 0221 4981-523
Fax: 0221 4981-504
E-Mail: iwd@iwkoeln.de
Bezugspreis:
€ 9,01/Monat, zzgl. € 3,08 Versandkosten,
inkl. Mehrwertsteuer,
Erscheinungsweise 14-täglich

Abo-Service: Therese Hartmann,
Telefon: 0221 4981-443,
hartmann@iwkoeln.de
Verlag:
Institut der deutschen Wirtschaft
Köln Medien GmbH,
Postfach 10 18 63, 50458 Köln,
Konrad-Adenauer-Ufer 21, 50668 Köln
Telefon: 0221 4981-0, Fax: 0221 4981-445
Druck: Henke GmbH, Brühl

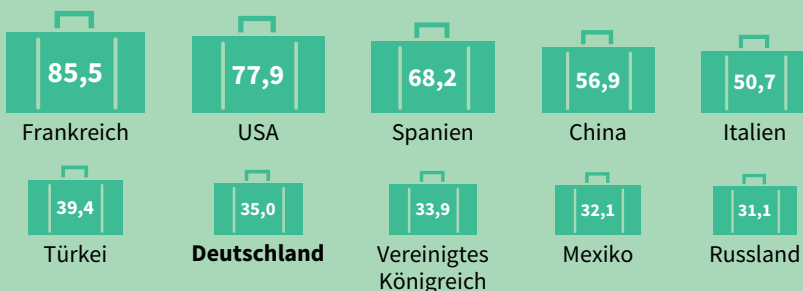
Rechte für den Nachdruck oder die
elektronische Verwertung über:
lizenzen@iwkoeln.de
Rechte für elektronische Pressespiegel unter:
pressemonitor.de

iw.köln.wissen
SCHAFFT KOMPETENZ.

Top-Liste: Die Lieblingsziele der Urlauber

Globale Touristenhochburgen

So viele Millionen Besucher zählten die weltweit zehn beliebtesten Reiseziele im Jahr 2015



Quelle: Deutscher Reiseverband (DRV)
© 2016 IW Medien / iwd 25

Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

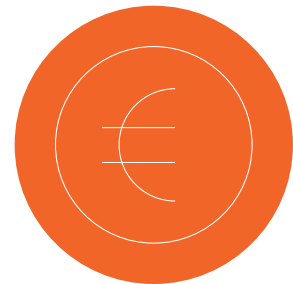
Die Deutschen machen Urlaub in Bayern und Mecklenburg-Vorpommern. Der Rest der Welt reist am liebsten nach Frankreich. Gut 85 Millionen Touristen besuchten 2015 „la France“. Allzu viele Deutsche können aber nicht unter den Besuchern gewesen sein, denn unter den zehn beliebtesten Auslands-Destinationen der Bundesbürger rangiert Frankreich nur auf Platz sieben. Von allen längeren Urlaubsreisen der Deutschen führen zwar 71 Prozent ins Ausland, doch dann meist nach Spanien, Italien oder in die Türkei.

Zahl der Woche

145

Euro

monatlich beträgt der Unterhaltsvorschuss, den alleinerziehende Mütter oder Väter für ein Kind erhalten, wenn sie keinen oder keinen regelmäßigen Unterhalt vom anderen Elternteil bekommen. Für das sechste bis elfte Lebensjahr erhöht sich der Betrag auf 194 Euro pro Monat. Unterhaltsvorschuss gibt es maximal 72 Monate.



Neu auf iwd.de: Wissen, wer was weiß

Fast einem Viertel der kleinen Firmen und sogar der Hälfte der großen Unternehmen ist schon einmal wertvolles Wissen verloren gegangen, weil Mitarbeiter den Betrieb verlassen haben. Deshalb versuchen die Unternehmen, mit einem systematischen Wissensmanagement gegenzusteuern.

